



## **Mahnwache vor dem Spital - Zwölf Stunden.**

Neue Form des Protests gegen das Aus – und für ein „Aufschnüren des Gesundheitspaktes“. Von Anna Hohenbichler

Noch immer werde Widerstand aus der Bevölkerung gegenüber der angekündigten Schließung des Landeskrankenhauses Gmünd nicht gehört, kritisiert „LKGmündbleibt“ die Landespolitik. Der Verein organisierte daher eine zwölfstündige Mahnwache.

Da wurde ein Formular zur Mitgliedschaft abgegeben, hier eine Unterschrift unter die Unterstützerliste gesetzt, dort etwas in die Spendenkassa gesteckt. Den ganzen Tag über wurde der Verein „LKGmündbleibt“ von Interessierten besucht, als er am 3. Oktober von 8 bis 20 Uhr eine „Mahnwache“ gegenüber des Landeskrankenhauses in der Conrathstraße hielt. Der Verein hat sich inzwischen mit ähnlichen Initiativen in ganz Niederösterreich vernetzt.

Daher schaute auch Otto Knell vorbei, der unter dem Schlagwort #unsernotarztbleibt mit anderen gegen die Schließung etlicher Notarztstützpunkte kämpft. Ziel der Mahnwache sei, erneut gegen die angekündigte Schließung des Krankenhauses aufzutreten, weitere Unterstützer anzusprechen und sich solidarisch gegenüber den Mitarbeitenden zu zeigen, sagt Obfrau Tamara Schönsgibl. Und: „Den Verantwortlichen möchte ich noch einmal mitgeben: Redet endlich mit uns, gebt uns einen Termin, denn wir brauchen ein Aufschnüren des Gesundheitspaktes.“

Es sei an der Zeit, dem Widerstand aus Gmünd zuzuhören und eine Lösung zu finden – mit dem Krankenhaus als wichtigen Player in der regionalen Gesundheitsversorgung. Am 25. September waren einige Aktivisten bei der Landtagssitzung in St. Pölten vor Ort. Mit einem stillen Protest auf der Zuschauertribüne habe man zeigen wollen, dass sich der Widerstand gegen Teile des Gesundheitsplanes vernetzt und ausweitet, so Schönsgibl. Ende Oktober ist ein weiterer stiller Protest in St. Pölten geplant.

Politische Unterstützung kommt inzwischen von der KPÖ: „Seit Monaten beteiligen sich immer mehr Menschen am Widerstand gegen die Schließung des Landeskrankenhauses Gmünd. Die Politik nimmt die Menschen aber nach wie vor nicht ernst und hält stur an ihren Plänen fest,“ wird Landessprecher Max Zirngast in einer Aussendung zitiert.